BREMISCHE BÜRGERSCHAFT 14.11.2019
Landtag
20. Wahlperiode

11

Anfrage des Abgeordneten Timke (BIW) in der Fragestunde

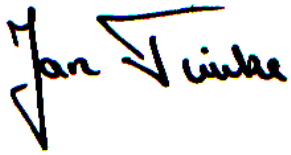
Bündnis "Bremen für Rojava"

Ich frage den Senat:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat über das vor Kurzem gegründete Bündnis „Bremen für Rojava“ vor, insbesondere was die Strukturen, die Mitgliederzahl und die Aktivitäten dieser Vereinigung im Land Bremen angeht?

2. Welche Querverbindungen bzw. personellen Überschneidungen bestehen zwischen „Bremen für Rojava“ und der linksradikalen bzw. autonomen Szene in Bremen?

3. Wie viele Personen mit letztem Wohnsitz im Land Bremen, die dem linken Spektrum zuzurechnen sind, haben sich nach den Erkenntnissen des Senats seit 2012 auf Seiten kurdischer Milizen aktiv an den Kampfhandlungen im Nahen Osten beteiligt und wie viele dieser Personen sind mittlerweile wieder nach Deutschland zurückgekehrt?



Jan Timke, MdBB
Wählervereinigung BÜRGER IN WUT

Antwort des Senats vom 11.12.2019

Ressort: Inneres

Zu den Fragen 1. und 2.: Laut der Selbstdarstellung des Bündnisses „Bremen für Rojava“ handelt es sich um einen „zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss von Bremerinnen und Bremern“. Nach eigener Aussage geht es ihm um „Solidarität mit Rojava und gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei gegen Nord-Ost-Syrien“.

Nach Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz wird der Personenzusammenschluss durch personelle Überschneidungen von der Partiya Karkerên Kurdistan, Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, beeinflusst. Die Anzahl der Funktionäre im Land Bremen liegt im niedrigen zweistelligen Bereich, die der Sympathisanten bei etwa 1 000. Darunter sind neben Personen des bürgerlichen Spektrums auch Angehörige der linksextremistischen Szene. Die wesentlichen Aktivitäten bestehen im Veranstalten von Demonstrationen und Diskussionen.

Zu Frage 3.: Dem Senat liegen keine Erkenntnisse über entsprechende Ausreisen von Linksextremisten mit letztem Wohnsitz in Bremen vor.

+++